

# Belgien

Matthias Chardon

Seit den Föderalwahlen vom 10. Juni 2007 kreist das politische Geschehen in Belgien um die Bildung einer stabilen Föderalregierung sowie um die Frage, ob und ggf. wie der belgische Staat ein weiteres Mal reformiert wird. Die Auseinandersetzungen darüber und die langen Monate mit einer lediglich geschäftsführenden Regierung zeitigten entsprechende Folgen. Das innenpolitische Thema einer allfälligen Staatsreform dominiert absolut. Das wichtigste europapolitische Projekt war es, die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon zum Erfolg zu bringen. Zudem setzte die Regierung einige europapolitischen Akzente unter den Bedingungen des belgischen Föderalismus. Ein positives Ereignis war die Unterzeichnung des neuen Benelux-Vertrags im Juni 2008.

## Die politische Dauerkrise in Belgien

Erst im März 2008 – neun Monate nach der Wahl – ist es zu einer Regierungsbildung mit dem Wahlsieger Yves Leterme als Ministerpräsident gekommen.<sup>1</sup> Und auch diese Regierung aus Christdemokraten und Liberalen beider Landesteile sowie den frankophonen Sozialisten könnte zum Scheitern verurteilt sein.<sup>2</sup> Immer wieder steht dabei das Unvermögen der Parteien im Mittelpunkt, sich über eine Staatsreform zu einigen. Der christdemokratische Wahlsieger Yves Leterme aus Flandern war angetreten mit der Forderung, die Bereiche Beschäftigung und Gesundheit dem Föderalstaat zu entziehen und den Regionen zu übertragen. Ein Großteil der flämischen Bevölkerung und praktisch alle Parteien unterstützen dies. Die frankophonen Parteien aber sind dagegen, da sie die finanziellen Folgen einer Reform fürchten. Das Wohlstandsgefälle zwischen beiden Landesteilen könnte dadurch weiter wachsen. Außerdem besteht die Furcht, dass die Solidarität der beiden großen Landesteile weiter geschwächt wird, was in Zukunft zu einer Spaltung des Landes führen könnte.<sup>3</sup>

Die Übertragung von Kompetenzen auf die Regionen und Gemeinschaften ist in der konstitutionellen Geschichte des Landes allerdings nicht ungewöhnlich. Aufgrund mehrerer Verfassungsreformen war aus Belgien ein föderaler Staat mit mächtigen Regionen und Sprachgemeinschaften geworden. Der dazu notwendige „compromis à la belge“ war zwar auch damals schon ab und an schwer zu erreichen gewesen, aber die Politiker beider Seiten hatten es noch jedes Mal geschafft.

Dieses Mal ist es anders. Das Vertrauen der handelnden Akteure zum jeweils Anderen ist gering, ebenso die Kompromissbereitschaft bzw. die Fähigkeit, die Position des Gegenü-

---

1 Zuerst hatte der Wahlverlierer Guy Verhofstadt die Geschäfte weitergeführt. Nachdem Leterme zwei Mal mit der Regierungsbildung gescheitert war, kam es zu einer Übergangsregierung unter Verhofstadt, die von Dezember 2007 bis März 2008 den Haushalt aufstellte und andere dringende Angelegenheiten erledigte. In der Zwischenzeit sondierte Leterme zum dritten Mal die Möglichkeiten, unter seiner Führung eine Regierung zu bilden.

2 Flämische und frankophone Parteien müssen auf föderaler Ebene kooperieren und eine Regierung bilden, in der Parteien beider Sprachgruppen vertreten sind.

3 Zu den Einzelheiten vgl. Matthias Chardon: „And now, the end is near?“ Die politische Dauerkrise in Belgien 2007/2008, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2008. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2008, S. 287-303.

bers zu verstehen. Die Suche nach eigenen Vorteilen steht im Vordergrund. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass es keine belgischen Parteien mehr gibt, und frankophone bzw. flämische Parteien auch nur in ihrem eigenen Sprachgebiet zur Wahl antreten. Warum sollte ein flämischer Politiker Rücksichten auf frankophone Befindlichkeiten nehmen?

Bei der Suche nach einer Erklärung für das Geschehene muss man aber noch tiefer gehen. Offensichtlich schafft es die belgische Politik nicht, den Horizont eigener Interessen zu überschreiten und nach politischen Gemeinsamkeiten zu suchen, die für einen Erhalt des Staats notwendig sind. Die Bereitschaft, um des Ganzen willen Kompromisse einzugehen, scheint geringer zu werden. Das gleicht einem Spiel mit dem Feuer, da die Legitimation Belgiens dadurch schwindet.

Eine grundlegende Veränderung der politischen Konstellationen ist nicht in Sicht. Zwar will die Regierung Leterme eine Lösung für das Problem der Staatsreform zu finden, allerdings hat sie sich dafür ein Ultimatum gesetzt (15. Juli 2008). Bislang gibt es keine sehr ermutigenden Zeichen, dass es gelingen wird, sich zu einigen.

### **Die Ratifikation des Vertrags von Lissabon und die Zukunft der EU**

Die wohl wichtigste europapolitische Aufgabe Belgiens lag darin, den Vertrag von Lissabon trotz innenpolitischer Malaise schnell zu ratifizieren. Die Übergangsregierung unter Guy Verhofstadt sah darin eine der wichtigsten internationalen Aufgaben.<sup>4</sup> Aufgrund der komplizierten Staatsstruktur, nach der die Regionen und Gemeinschaften außenpolitische Kompetenzen besitzen, mussten nicht nur das belgische Parlament ratifizieren, sondern auch die Parlamente der Gliedstaaten. Auf gesamtstaatlicher Ebene fanden die Abstimmungen am 6. März (Senat) und am 10. April 2008 (Abgeordnetenversammlung) statt.

Gerade weil die innenpolitische Situation das politische Geschehen so stark dominierte, fanden die Debatten in den Parlamenten wenig mediales Echo. Außenminister Karel De Gucht hob bei der Plenardebatten in der Abgeordnetenversammlung die aus seiner Sicht großen Vorteile des neuen Vertrags hervor ohne zu verschweigen, dass die belgische Regierung nicht mit allem zufrieden sei.<sup>5</sup> Vor allem die fehlende Transparenz des neuen Vertrags bereite ihm Sorgen. Ebenso negativ beurteilte er die zahlreichen Ausnahmen und Sonderbestimmungen für einzelne Staaten in Protokollen und Erklärungen. Für ihn seien diese Bestimmungen Ausdruck eines Mangels an Stolz auf das Engagement für das europäische Projekt. Zu den Vorteilen bzw. Fortschritten des Vertrags zählte er unter anderem die trennschärfere Abgrenzung der Kompetenzen von EU und Mitgliedstaaten, die zusätzlichen Kompetenzen für das Europäische Parlament sowie das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, die Protokolle zur Rolle der nationalen Parlamente und zur Subsidiaritätskontrolle, die neuen Abstimmungsregeln im Rat mit doppelter Mehrheit, die Neuerungen im Bereich des Europäischen Rates sowie Änderungen bei den Kompetenzen in einzelnen Politikbereichen. Hierzu zählte er die Armutsbekämpfung als Ziel der Entwicklungszusammenarbeit, die Vergemeinschaftungen im Bereich Justiz und Inneres, die Berücksichtigung sozialer Belange in der Politik der Union sowie die Aufnahme der Bereiche Klima und Energie in den Vertrag. Insgesamt, so De Gucht, bringe der Vertrag von Lissabon eine Menge positiver Änderungen, auch wenn – vor allem mit Blick auf die Transparenz des Vertrags – manches

---

4 De Standaard: De tien punten van het regeerakkoord, 20.12.2007.

5 Vgl. hier und im Folgenden: Belgische Kamer van Volksvertegenwoordigers: Beknopt Verslag. Plenumvergadering, Woensdag 09-04-2008 (CRABV 52 PLEN 031), hier S. 38-45.

zu kritisieren sei. Damit liegen De Gucht und die belgische Regierung in der Tradition ihrer Vorgänger, die sich stets als Vorreiter weiterer Integrations Schritte gesehen haben.

Unter den im Parlament vertretenen Parteien sticht der rechtsradikale Vlaams Belang insofern besonders heraus, als er den Vertrag von Lissabon rundheraus ablehnte.<sup>6</sup> Die Argumentationsfigur ähnelt dabei der aller links- oder rechtsradikalen, anti-europäischen Parteien, die den Vorwurf erheben, Europa sei undemokratisch, höre nicht auf die Meinung der Bürger und sei nur ein Instrument zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Die Sprecher des Vlaams Belang in der Plenumsdebatte hoben hervor, dass es in Belgien kein Referendum zur Annahme des Vertrags von Lissabon gebe und dass dies zutiefst undemokratisch sein. Zudem habe die EU kein Ziel, kein politisches Projekt und sei in allen internationalen Fragen abhängig von den USA.

Die Vertreter der grünen Parteien Groen!/Ecolo hoben hervor, dass es einen Mangel an Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über den Vertrag von Lissabon gegeben habe und dass dies in Zukunft geändert werden müsse. Angesichts der weit reichenden Änderungen hätten die Grünen es geschätzt, wenn eine breitere öffentliche Debatte stattgefunden hätte. Schlussendlich wurde der Vertrag von Lissabon in beiden Kammern des belgischen Parlaments mit großer Mehrheit angenommen.

### **Europapolitische Akzentsetzungen unter den Bedingungen des belgischen Föderalismus**

Bei der innerstaatlichen Umsetzung des Vertrags von Lissabon sind für Belgien besonders das Protokoll zur Rolle der nationalen Parlamente sowie das Subsidiaritätsprotokoll zu berücksichtigen. Die außen- und europapolitischen Kompetenzen der gliedstaatlichen Parlamente machen eine Koordination zwischen allen Akteuren in besonderem Maße notwendig. Zwar werden die eingespielten Kooperationsmechanismen des belgischen Föderalismus diese Aufgabe gut meistern, angesichts der innenpolitischen Probleme stellen sich allerdings über die technische Umsetzung hinaus auch politische Fragen. So ist durchaus denkbar, dass es in Zukunft schwierig werden könnte, zu einer einheitlichen Meinung zu kommen, sodass die dann notwendige Enthaltung im Rat öfter zur Anwendung kommt.

Ein weiteres Problem bei der Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon ist die Verringerung der Belgien zustehenden Sitze im Europäischen Parlament von 24 auf 22.<sup>7</sup> Bereits im September 2007 begann ein Streit darüber, welche Sprachgemeinschaft Sitze abgeben muss. Eine Lösung ist aufgrund der innenpolitischen Probleme, die alle Fragen, die die Machtteilung der beiden großen Sprachgruppen betreffen, derzeit unbeantwortet lässt, noch nicht in Sicht.

Sehr konkrete Vorstellungen hat die belgische Regierung zum Profil des neu einzuführenden Präsidenten des Europäischen Rates. Außenminister Karel De Gucht betonte im April 2008 in einer Rede: „Meiner Meinung nach sollte jemand, der für diese Aufgabe benannt wird, nicht aus einem Land kommen, das bei mehreren wichtigen europäischen Politikfeldern wie der Schengenzone, dem Euro oder der Grundrechtecharta nicht mitmacht.“<sup>8</sup> Im Allgemeinen gilt diese Aussage als Ablehnung von Tony Blair als möglichem Präsidenten des Europäischen Rates.

6 Ebd.

7 Derzeit werden 14 Mandate im flämischen Wahlkreis vergeben, neun im französischen und eines im deutschsprachigen. Vgl. De Standaard: Belgie strijdt voor EU-zetels, 12.09.2008.

8 Belgien gegen Blair an der EU-Spitze: [www.eu-info.de/dpa-europaticker/130468.html](http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/130468.html).

Im Vorfeld der irischen Volksabstimmung im Juni 2008 äußerte sich Ministerpräsident Leterme über zukünftige politische Prioritäten für die EU.<sup>9</sup> Dabei betonte er, dass es notwendig sei, die Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. In den Bereichen Migration, Klima, Energie und Umwelt sei dies bereits der Fall. Nun sei aber auch der Zeitpunkt gekommen, das rheinische Wirtschaftsmodell wieder zu stärken, das in den letzten Jahren unter Druck des angelsächsischen Modells gekommen sei. Der Lissabon-Prozess sei entsprechend zu reformieren bzw. weiterzuführen. Er wolle sich dafür einsetzen, dass dies im Wahlprogramm der EVP für die Europawahlen 2009 berücksichtigt werde.

Mit dem Amtsbeginn der Regierung Leterme wurde im belgischen Außenministerium Anfang Juli 2008 auch eine „Follow-up-Gruppe“ für die belgische EU-Präsidentschaft im Jahr 2010 eingesetzt. Staatssekretär Olivier Chastel steht der Gruppe vor. Die Aufgaben bestehen darin, das Präsidentschaftsprogramm zu entwickeln und die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Wiederum ist hier anzumerken, dass durch die außen- und europapolitischen Kompetenzen der Gliedstaaten eine besonders enge Abstimmung und Organisation vonnöten ist.

### **Der neue Benelux-Vertrag**

Am 17. Juni 2008 unterzeichneten in Den Haag Belgien, die Niederlande und Luxemburg den neuen Benelux-Vertrag. Der erste, 1958 unterzeichnete Vertrag wäre 2010 ausgelaufen. Mit dem neuen Vertrag wird den geänderten (europa)politischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Die wirtschaftliche Seite des Benelux-Projekts ist weiterhin wichtig, doch wurden auch neue Prioritäten gesetzt. Zudem wurde ein Arbeitsprogramm mit konkreten Projekten für die Jahre 2009-2012 verabschiedet.<sup>10</sup> Darin spiegeln sich die drei Hauptgebiete wider, in denen die Benelux-Union aktiv sein will: (1) Wirtschaftsunion, (2) nachhaltige Entwicklung und (3) Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Hervorgehoben wurde bei der Vertragsunterzeichnung auch die Bedeutung der Zusammenarbeit und einheitlicher Positionen im Kontext des neuen Vertrags von Lissabon, besonders mit Blick auf die Durchsetzung von Interessen bei Abstimmungen im Rat und im Europäischen Rat. Eine weitere Neuerung ist die Möglichkeit, mit anderen Regionen in Europa stärker zu kooperieren, was auf den Wunsch Nordrhein-Westfalens zurückgehen dürfte, in den Benelux-Prozess stärker eingebunden zu werden.

Aus den politischen Aussagen bei der Unterzeichnung geht hervor, dass sich die Benelux-Staaten als Vorreiter für die weitere Entwicklung der Europäischen Union und zusätzlichen Integrationsschritten sehen. Ob dieser Anspruch auch erfüllt werden kann, dürfte jedoch weniger von den Strukturen der Benelux-Union abhängen, sondern vom konkreten Willen der beteiligten Akteure.

### **Weiterführende Literatur**

Jaak Billiet/Bart Maddens/André-Paul Frogner: Does Belgium (Still) Exist? Differences in Political Culture between Flemings and Walloons, in: *West European Politics* 5/2006, S. 912-932.

Matthias Chardon: „And now, the end is near?“ Die politische Dauerkrise in Belgien 2007/2008, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2008. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2008*, S. 287-303.

---

9 De Standaard: Leterme will sociale dimensie EU oppoken, 15.04.2008.

10 Vgl. [www.benelux.be](http://www.benelux.be).